

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Verkäufstagen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Bäckerstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 694, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Alt, Bäckerstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 10-15 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 12. September 1928 Nummer 214

Einmütig für Panzerkreuzer

Der Beschluß des Parteausschusses der SPD / Wüste Kommunistenhege / Keine Entscheidung über die 2. Rate / Die sächsischen SPD-Führer in der Panzerkreuzerfront des Parteivorstandes

Wekern noch brachte die Dresdner Volkspartei einen Artikel Ströbels, in dem dieser zwar sehr sorgfältig vermeldet, eine klare Schlussfolgerung zu ziehen, in dem er aber das Vertragsmandat des Parteausschusses im Vorwärts aufweist. Ströbel sagte, Rundfragen genügt nicht; auch nicht, daß man darauf spekuliert, überstimmt zu werden, und dennoch im Kabinett verbleibt. Die Parteigenossen würden schließlich zufrieden sein.

„Es genügt deshalb nicht, daß etwa der Parteausschuss am 11. September die Zustimmung gibt, daß die Fraktion und die sozialdemokratischen Minister die zweite Rate nicht bewilligen werden.“

Die Wahlen werden sich durch eingebildete Überlegenheit nicht imponieren lassen, erklärte Ströbel.

„Die Massen haben das richtige Gefühl für die drohenden Gefahren, wenn sie aus ihrem grundsätzlichen und mit aller inneren Leidenschaft geführten Kampfe gegen den Militarismus kein Handlungswort gemacht wissen wollen.“

Heute abend aber wird Oscar Edel, einer der Kabinettisten unter den Radikalen, soweit es sich um Worte handelt, vor die Funktionäre treten und erklären, daß der Parteausschuss nicht einmal den Beschluß gefaßt hat, daß die Fraktion und die sozialdemokratischen Minister die zweite Rate nicht bewilligen werden.“

Anstatt eines solchen Beschlusses, der nach Ströbel absolut ungenügend sei, wird Edel den Funktionären nur eine verstärkte Hege gegen die Kommunisten bringen. Nur nach dieser Richtung sollte der Parteausschuss einen positiven Beschluß fassend für die sächsischen SPD-Führer ist, daß sie den betrügerischen, sich aber im Grunde auf den Panzerkreuzerbau stützenden Beschlüssen zustimmen.

Zum Volksentscheid nahm der Parteausschuss folgende Entschliessung einstimmig an:

„Der von den Kommunisten eingereichte Volksentscheid ist nicht geeignet, die Streitfrage des Panzerkreuzerbaus zur Entscheidung zu bringen. Die Kommunisten erstreben mit ihrem Volksbegehren einseitigen Maßnahmen auch gar nicht die Verhinderung des Panzerkreuzerbaus, sie erblicken in ihm nur eine Gelegenheit, die sozialdemokratische Partei zu verleumden und zu beschimpfen. Für die Partei ergibt sich daraus von selber die Pflicht, dieser gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Willen auf das entschiedenste entgegenzutreten.“

Die im Augenblick einzige wirklich politische Maßnahme gegen den Volksentscheid wurde abgelehnt. Die sächsischen Raul-Strategen haben vollständig kapituliert. Sie gliedern sich in vollem Umfange in die Panzerkreuzerfront, sie gehen, wie wir das den Arbeitern gesagt haben, mit dem imperialistischen Kurs. Am die Irreführung gegen die Arbeiterschaft weiter aufrechtzuerhalten, wurde zur Einberufung des Parteitages, ebenfalls einstimmig, folgende Entschliessung gefaßt:

„Der Parteausschuss stellt die einmütige Ablehnung des Panzerkreuzerbaus durch die Partei fest. Er erwartet vor der Verhandlung des Reichstages für das Jahr 1929 die grundsätzliche Stellungnahme zum Wehrprogramm durch einen rechtzeitig hierzu einberufenen Parteitags. Der Parteivorstand wird ersucht, diese Stellungnahme durch Einsetzung einer Programmkommission vorzubereiten, die dem Parteitags Bericht zu erstatten hat!“

Herr Edel, die sozialdemokratischen Zeitungen werden verstanden, daß die „Demokratie“ in der SPD gefestigt habe. Es wird geistert, was Ströbel gefordert: es wird der Gesamtpartei die Möglichkeit gegeben, selbst zu entscheiden. Die Lüge ist in dieser Partei schon so konventionell geworden, daß man sich über einen Betrug mehr oder weniger nicht zu wundern braucht. Die Frage ist nur, daß die sozialdemokratischen Arbeiter und Wähler diese Lüge erkennen. Der Parteitags soll zusammenzutreten, aber der Beschluß dieses Parteitages steht heute schon fest. Der Parteivorstand wird die imperialistische Aufstellung im Programm verankern. Die Zusammenlegung des Parteitages für eine Mehrheit zu diesem Beschluß wird sich der Parteivorstand schon verschaffen. Vorläufig heißt es für die sozialdemokratischen Führer, „linke“ wie rechte, Zeit zu gewinnen, um der konkreten Kampfaufstellung durch den Volksentscheid zu entgehen.

Das soll durch die Beschlüsse des Parteausschusses erreicht werden. Der praktische Sinn der Beschlüsse ist aber der vollkommene Sieg der Panzerkreuzerpolitik.

Der sozialdemokratische Pressedienst verkündet den Sieg des Parteivorstandes und der Aufstellungspolitik über die sächsischen Raulhelden triumphierend folgendermaßen:

„Die Beschlüsse des Parteitages sind einstimmig gefaßt worden. Es ist kein Geheimnis, daß große Parteiorganisationen, namentlich in Sachsen, in erster Auswählung die Teilnahme an dem von den Kommunisten eingeleiteten Volksbe-

gehren ins Auge gefaßt haben. Daß sie davon abgekommen sind, ist nicht das Ergebnis einer mühsameren Prüfung der technischen Erfolgsmöglichkeiten des Volksbegehrens. Es ist der Erkenntnis zuzuschreiben, daß das kommunistische Volksbegehren nur eine großartige Verteilungskampagne gegen die Sozialdemokratie darstellt. In der Diskussion innerhalb der Partei ist eindringlich auf die tiefen Ursachen der Panzerkreuzerfrage hingewiesen worden: Der Mangel an prinzipieller Klarheit über die Stellung zum Wehrprogramm im demokratischen Staat innerhalb der sozialdemokratischen Partei, ungelöste Verhandlung über das Problem, welche Konsequenzen aus der Bildung des Wehres des Staates und demzu-

folge aus der veränderten Stellung der Sozialdemokratie zum Staat gezogen werden müssen.“

Ob ein Volksentscheid Erfolg haben könnte, spielt also keine Rolle. Darüber braucht man sich nicht zu unterhalten; der Volksentscheid richtet sich gegen die SPD, deswegen werde er abgelehnt. Wir haben schon einmal die Frage aufgeworfen, weshalb sich ein Volksentscheid gegen die SPD wende. Wir stellen fest, nur deswegen und bang, wenn die SPD im Lager der Panzerkreuzerimperialisten steht. Dann verläßt der Pressedienst der SPD, daß in der bürgerlich-kapitalistischen Republik die SPD die Ministerliste besetzt, die Geschäfte der Kapitalisten übernehme und deswegen auch die Miltionen der Kapi-

Tagung der Finanzkönige

Das Parlament der Bankiers tagt in Köln / „Arbeits und spare!“

„Arbeits und spare!“ — das ist die einfache Formel, die Jakob Goldschmidt, der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank und der Referent auf dem Kölner Bankertag, der deutschen Wirtschaft für Jahre hinaus gibt. Die wertvollen Massen sollen arbeiten, und die Kapitalisten sparen. Das ist die Formel der Arbeitsteilung, wie sie einfacher nicht aufgestellt werden kann. Akkumulieren! Akkumulieren! — so lautet die Losung Goldschmidts. Und Jakob Goldschmidt ist nicht irgendein Bankdirektor unter den vielen, sondern der Finanzier der großen Konzerne, der Trustbankier, der Leiter der Darmstädter und Nationalbank, die im Gegensatz zu der Deutschen Bank den „nationalen“ neudeutschen Imperialismus vertritt. Die Darmstädter und Nationalbank kontrolliert rund 400 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von über 7 Milliarden RM, das bei einem Gesamtaktienkapital von etwa 16 Milliarden RM in Deutschland über 40 Prozent dieser Kapitalsumme ausmacht. Der gewaltigen ökonomischen Einflusssphäre der Darmstädter und Nationalbank und der anderen Großbanken, in deren Namen Goldschmidt, Hagen, Mezgerbach usw. in Köln sprachen, entspricht ihr politischer Einfluß im Reichstag, in den Ministerien in Preußen. So sind die Resierungen der Bankiers nicht nur als programmatische Erklärungen einer Schicht des Kapitals, sondern der einflussreichsten und ausschlaggebenden Teile

der deutschen Bourgeoisie, nämlich als Programm der Klärung des Finanzkapitals zu verstehen. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß in Köln nur die Interessen der Banken vertreten worden wären. Die Lösung Kapitalbildung, d. h. verstärkte beschleunigte Akkumulation, Anhäufung von Milliardenprofiten, ist die Losung des deutschen Finanzkapitals, d. h. der Verschmelzung von Bank- und Industriekapital, wie sie neben Amerika gerade in Deutschland in klassischer Form verwirklicht ist.

Louis Hagen hat das arbeitserfindliche Programm des deutschen Kapitals durch einen Angriff auf die „hohen Löhne“ deutlich zum Ausdruck gebracht. In diesem Angriff war nicht nur ein Protest gegen weitere Lohnerhöhungen, sondern auch eine Tendenz zum Abbau der jetzigen Löhne enthalten. Hagens Referat aber bildete nur den Auftakt zu den Ausführungen Jakob Goldschmidts, — wahrlich eine Programmrede der Wirtschaftsdiktatur der Finanzkönige. Im Mittelpunkt des Referates stand die Verherrlichung der kapitalistischen Rationalisierung. Die Rationalisierung muß weiter getrieben werden und zugleich einen „geistigen Lebensinhalt“ erhalten. Was versteht Herr Goldschmidt unter „geistigem Lebensinhalt der Rationalisierung“? Allem Anschein nach die Arbeitsgemeinschaft und die Wirtschaftsdemokratie, das ist das Programm des Hamburger ADGB-Kongresses!

Die bürgerliche Presse feiert Goldschmidts Referat als ein „individualistisches Bekenntnis“. Darunter ist folgendes zu verstehen: Goldschmidt verkündete die herrschende Stellung des privaten Unternehmertums gegenüber dem Staatskapitalistischen Entwicklung entgegenstellen will? Reinesfalls. Das immer engere Verwachsen von Staat und Trust soll aber eine Herrschaft der Truste über den Staat, und nicht eine Herrschaft des Staates über die Truste bedeuten.

Ironisch und brutal ist das arbeitserfindliche Programm des Finanzkapitals. Der Abbau der sozialen Fürsorge wird von Goldschmidt in unabweisenden Worten verlangt. Der hohe Reallohn verhindert die Kapitalbildung. Der Konsum darf nicht auf Kosten der Kapitalbildung wachsen. Eine Ohrfeige an die Gewerkschaftsbureaufüraten vom Schlage Tarnows, die noch die berühmte Theorie von der Beseitigung der Krisen durch hohe Löhne propagieren.

Bei alledem ist nicht zu vergessen, daß Jakob Goldschmidt durch seine engen Beziehungen zur Deutschen Volkspartei nicht nur in seinem eigenen Namen, nicht nur im Namen der „Danatbank“, sondern auch im Namen der Führer der Koalitionspartei der Bourgeoisie gesprochen hat. Hat doch Jakob Goldschmidt das Leiborgan Stresemanns, die Tägliche Rundschau, finanziert, ist doch der Aufsichtsratsvorsitzende der Danatbank, Prof. Rießer, der auch die Kölner Bankertagung eröffnete, ein führender Mann in der Deutschen Volkspartei.

So ist das brutale Bekenntnis der Kölner Bankertagung zur weiteren Rationalisierung, zur Verschärfung und Beschleunigung der Profitbildung, der Akkumulation, zur uneingeschränkten Profitanhäufung auf Kosten der arbeitenden Massen, das auch in einer besonderen Entschliessung niedergelegt wurde, nicht nur ein Programm des Finanzkapitals, sondern gleichzeitig das wahre Programm des ausführenden Organs des deutschen Finanzkapitals, des Kabinetts der Köpfe, des Panzerkreuzerkabinetts.

Giftgase über Halle

Rassentötung der Bevölkerung — Zahlreiche Vergiftungserscheinungen — Die Einwohner ergreifen die Flucht

Halle, 12. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Das schwermetallhaltige Gas, das aus der Gegend von Brackberg über den südlichen Teil von Halle zog, vergiftete die Luft derart, daß in den dortigen Schulen zahlreiche Kinder erkrankten, 2 Schulen wurden vormittags 2 Stunden geschlossen. Die Gase kamen aus der neuen Braunkohlengrube Albine. Die Grube ist noch nicht konzipiert. Im südlichen Teil der Stadt hatte man in letzter Zeit unter heftigen Gaswolken zu leiden, die von der Grube Albine herankamen und es der Bevölkerung unmöglich machten, sich bei offenen Fenstern oder in den Gärten aufzuhalten. In den letzten Tagen hatte die Vergasung der Stadt einen besonders bedrohlichen Charakter angenommen. Tausende Zuschritten wurden an die Behörden, an den Magistrat und die Presse gefaßt und forderten vergeblich Abhilfe. Gestern morgen waren die mächtigen Gaswolken, die nach der Südstadt kamen, so intensiv, daß die Bevölkerung im wahren Sinne des Wortes die Flucht ergreifen mußte. Die halleschen Nachrichten berichten, daß die Wirkung der Gase katastrophal war. Es stellten sich Vergiftungserscheinungen im Hals, Tränenbildung und Ubelkeit ein. Besonders schlimm wurden die Kinder heimgesucht. Bei Hunderten von ihnen machten sich bedenkliche Vergiftungserscheinungen bemerkbar. Die Kinder erbrachen sich und hatten Augenschmerzen. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine panische Stimmung. Die Lehrer der Schulen erklärten, daß sich die Gase sowohl im Geruch als auch in ihrer Wirkung in nichts von den berüchtigten französischen Gasen an der Front unterscheiden.